

NIEDERSCHRIFT Nr.: 15/L

NIEDERSCHRIFT Nr.: 15/S

über die gemeinsame öffentliche Sondersitzung/Videokonferenz der staatlichen und städtischen Deputationen für Wirtschaft und Arbeit

am **Mittwoch, 13.01.2021, um 16:00 Uhr**

15. Sitzung in der 20. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 18:00 Uhr

Anwesend:

Vertreter/-in des Senats

Frau Senatorin Vogt

Deputationen für Wirtschaft und Arbeit

Staatlich

Frau Janina Brünjes
Frau Dr. Henrike Müller
Herr Maurice Müller
Herr Carsten Meyer-Heder
Herr Thorsten Raschen
Herr Harald Rühl
Herr Volker Stahmann
Herr Ingo Tebje
Herr Christoph Weiss (Vorsitzender)

Städtisch

Herr Robert Bücking
Herr Carsten Meyer-Heder
Herr Dr. Volker Redder
Herr Harald Rühl
Frau Kerstin Selinski-Spohler
Herr Volker Stahmann
Herr Ingo Tebje
Herr Falk-Konstantin Wagner
Herr Christoph Weiss (Vorsitzender)

Von der Verwaltung

Herr Brunßen
Frau Frese
Herr Hesse
Frau Jansen
Herr Dr. Kühling
Frau Krumsee-Budde
Frau Ledamun

Frau Dr. Lübben
Herr Sengstake
Herr Staatsrat Stührenberg
Herr Tschupke
Frau Viezens
Herr Staatsrat Wiebe

Gäste

Frau Prof. Dr. Jutta Günther (Universität Bremen)
Herr Pauls (DEHOGA Bremen)
Herr Stich (Geschäftsführer Wäscherei Stich)
Herr Trey / Herr Lieder (Bremer Gastrogemeinschaft)
Frau Bitti (Cityskipper Bremerhaven)
Frau von Wild (Clubverstärker –Verband der Live-Spielstätten)
Herr Seidenstücker (Joke-Event)
Frau Weichenrider / Herr Beckmann (KlubDialog)
Herr Brockmann (CityInitiative Bremen)
Herr Nowak (Handelskammer)
Herr Meyer (Handwerkskammer)

Abg. Weiss eröffnet die gemeinsame öffentliche Sondersitzung der staatlichen und städtischen Deputationen für Wirtschaft und Arbeit in Form einer Videokonferenz.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 1 Expertinnen- und Expertenanhörung zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise im Land Bremen

Einführend erläutert **Abg. Weiss**, dass die heutige Sondersitzung dem Austausch zwischen Politik und Wirtschaft dienen solle. Die Mitglieder der Deputationen sehe er dabei eher in einer Zuhörerrolle, sodass er sie bitte, sich zugunsten der eingeladenen Gäste und der Zeitplanung möglichst kurz zu fassen.

Abg. Stahmann dankt als Vertreter der diese Sondersitzung initiiierenden Koalitionsfraktionen dem Ressort für die konstruktive Organisation der Sitzung sowie den eingeladenen Gästen für ihre Bereitschaft zur Teilnahme. Ziel der Sitzung sei es, nicht nur Stimmung und Situation in der Stadt aufzunehmen, sondern was passiert konkret in den urbanen Betrieben und Branchen, wie sehen Strategien aus, können Geschäftsmodelle geändert werden, um der Corona-Krise begegnen zu können. In der Tat hoffe er vor allem auf Anregungen aus der Unternehmenseite, damit die Politik die vorgestellten Lösungsansätze infrastrukturell befördern könne.

Senatorin Vogt begrüßt insbesondere die eingeladenen Gäste, mit denen sich teilweise in den vergangenen Monaten ein fruchtbarer Austausch ergeben habe, abzulesen etwa am Veranstaltungsförderprogramm für die Förderung neuartiger Veranstaltungsformate. Ein anderes Beispiel gebe die Digitalisierungsförderung gerade für kleine Unternehmen mit geringen Investitionsmöglichkeiten im Vergleich zu mittleren oder Großunternehmen. Vor diesem Hintergrund begrüßt sie diesen Austausch als Möglichkeit, weitere potenzielle Best-Practice-Beispiele aufnehmen zu können.

Frau Prof. Dr. Günther stellt zunächst die zu erwartenden konjunkturellen Einbrüche heraus, die sich auf dem Niveau des Jahres 2009 bewegten und in deren Zuge Bremen als exportorientiertes Bundesland über den industriellen Sektor besonders betroffen sein werde; ihrer Erwartung nach würden die Dienstleistungsbranchen im Anschluss dem industriellen Krisentrend folgen.

Als Innovationsökonomin hebt sie hervor, dass Krisen immer auch eine starke Dynamik zu positiven Veränderungsprozessen entfalten. Mangels amtlicher Statistiken habe sie mit ihrem Team aus der analytischen Untersuchung von Nachrichtentexten über Bremen diese Dynamik für Bremen identifizieren können. Trendthemen seien etwa Nachhaltigkeitsthemen und Digitalisierung; die entsprechende Studie in Zusammenarbeit mit dem HWWI könne unter [PolicyPaper128.indd \(hwwi.org\)](#) online studiert werden.

Besorgniserregend sei die abnehmende Bedeutung des Kunst- und Kulturbereichs, obwohl

deren Wichtigkeit nicht abgenommen habe; hier sehe sie politischen Handlungsbedarf. Sie betont weiter, dass die intersektoralen Verflechtungen in der Krisenbewältigung angemessen berücksichtigt werden müssen; aus den Erfahrungen der Krise 2008/09 lasse sich zudem die Bedeutung schneller Maßnahmen ablesen, um das wirtschaftliche Überleben abzusichern und außergewöhnliche Härten abzufedern; ggf. auch schuldenfinanziert - in diesem Aspekt herrsche auch Einigkeit unter den Ökonomen -, doch müsse dies mit einer klaren Zukunftsausrichtung und Innovationsförderung geschehen. Die entsprechende Ausrichtung des Bremen-Fonds in diese Richtung unterstütze sie daher.

Herr Pauls stellt die Lage in der Gastronomie als alarmierend dar; von kürzlich 173 befragten Betrieben sähen 72% bzw. 21,6 % die Existenz gefährdet bzw. beschäftigten sich ernsthaft mit einer Betriebsaufgabe. Vor diesem Hintergrund seien die widersprüchlichen, laufend oder nachträglich geänderten Vorschriften für die Überbrückungshilfen nicht hilfreich für die Gastronomie.

Positiv bewertet er die Erfahrungen aus dem ersten Lockdown mit guten Hygienekonzepten für (Außen-)Gastronomie und Hotellerie. Auch darüber hinaus arbeite die Branche an weiteren Detailmaßnahmen wie Lüftungskonzepten, Pfandsysteme für bremen-weit einheitliches Geschirr im Außerhausverkauf, Aufbau einer Ausbildungsakademie für die brachliegende Ausbildung und Gutscheinsysteme wie in Villach mit einer Wechselbeziehung zwischen Einzelhandel und Gastronomie.

Für die Zeit nach dem Lockdown sollte das Tourismus- und Bremen-Marketing verstärkt werden und die Mehrwertsteuerentlastung sollte entfristet werden.

Herr Stich beschreibt, wie sich die betriebswirtschaftliche Lage der Betriebe an der Wellenentwicklung der Pandemie ablesen lasse. Die ergriffenen Maßnahmen im Frühjahr 2020, insbesondere das Kurzarbeitergeld, hätten deutlich besser funktioniert und in Kraft gesetzt werden können als in der zweiten Welle; die Novemberhilfen seien deutlich verbesserungswürdig, sowohl in der Administration wie in der inhaltlichen Ausgestaltung. Eine Änderung von Geschäftsmodellen sei nicht beliebig machbar, da diese häufig mit dem Maschinenpark zusammenhängen und somit erst einmal Investitionen erforderlich machten.

Hoffnung bringe die angelaufene Impfkampagne, für die man die Einbeziehung von Betriebsärzten überlegen sollte. Gleichwohl erwartet er psychologische Problemlagen in den Belegschaften, je länger die Krisenlage und erzwungene Arbeitslosigkeit/Kurzarbeit andauere.

Herr Trey und **Herr Lieder** beschreiben eine gute Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsressort, die in vielversprechenden Kampagnen („Gastronomie – aber sicher!“) und weiteren Ideen einzelner Betriebe mündeten; als problematisch erweise sich aber die zeitliche Perspektive hinsichtlich des konkreten Zeitpunkts einer Öffnung nach dem Lockdown. Sobald diese eingeleitet werde, strebe die Bremer Gastrogemeinschaft einen eigenen Hygienecheck für

die interessierten Gastronomiebetriebe an, um mittels eines inoffiziellen Zertifikats entsprechende Sicherheitssignale an das potenzielle Gastronomiepublikum zu senden und mittelbar eines so gesteuerten Besucherzuspruchs die Auslastung in den Betrieben zu steigern. Eine Imagekampagne werde parallel alle denkbaren Kanäle – ob digital oder analog – bespielen, um den Hygienecheck auch breit bekannt zu machen; dafür wünsche sich die Bremer Gastrogemeinschaft auch persönliche Präsenz aus dem politischen Raum.

Frau Bitti schildert, dass sie für die Gemeinschaft der Bremerhavener Einzelhändler zunächst niedrigschwellige Basisarbeit für den Aufbau einer einfachst zu nutzenden digitalen Infrastruktur betrieben habe. Nachfolgend könne sie nun die weitere Vernetzung der stationären Händler und weitere Schritte einleiten. So gebe es inzwischen einen einfachen Lieferdienst, der per E-Mail organisiert werde. Darüber hinaus halte sie es für notwendig, die Innenstadt als Lebensraum zu gestalten und nicht nur punktuelle, sondern strukturelle und nachhaltige Ansätze über die Corona-Krise hinaus zu entwickeln. Ein zweiter Punkt sei die weitere Digitalisierung der Händler vor Ort und diese zum Aufbau einer Online-Infrastruktur überhaupt zu befähigen und dies auch von der Kundenseite her zu denken.

Frau von Wild erläutert einleitend, dass die Mitglieder der Interessensgemeinschaft vom Clubverstärker zunächst solidarische Aktionen zur Linderung der drängendsten Probleme eingeleitet hätten, da nicht alle Mitglieder bisher Zugang zu den Bundes- oder Landeshilfen hätten. Unbedingtes Ziel sei, die Spielstätten und mit ihnen verbundene Arbeitsplätze zu erhalten. Als wesentlicher Faktor für einen Neubeginn sei der Club100 als neues Veranstaltungskonzept zu nennen, über das die Mitglieder des Clubverstärkers in einem solidarischen Ansatz mit auf die aktuelle Situation angepassten flexiblen Hygienekonzepten Live-, Streaming- bzw. Hybridveranstaltungen durchführen können. So seien die Veranstaltungen abgesichert, würden auf jeden Fall stattfinden und die Arbeitsplätze gesichert. Über das bis zum 31.05.2021 befristete Konzept Club100 hinaus brauche es dann ein Folgeprogramm für Open-Air-Veranstaltungen. Sie hebt hervor, dass mit dem Club100 ein alle Veranstaltergrößen integrierendes Konzept geschaffen worden sei, das sich mit einem neuen Live-streamformat unter Umständen zu einem neuen Geschäftsmodell entwickeln lasse und auch bundesweite Beachtung erfahre.

Herr Seidenstücker stellt für die Veranstaltungsbranche insgesamt eine starke Segmentierung fest; um dem zu begegnen, sei mit dem Bündnis Alarmstufe Rot zunächst ein Sprachrohr installiert worden.

Inzwischen seien im Veranstaltungsbereich eine Vielzahl von neuartigen Veranstaltungsformen entwickelt worden. Neben der administrativen Gestaltung der Überbrückungshilfen erachte er die Lage der Solo-Selbständigen in der Veranstaltungsbranche als großes Problem, da diese seines Erachtens nur unzureichend an den Hilfen partizipieren könnten; in dem Zusammenhang erwiesen sich auch die Steuerberater als Flaschenhals für den Zugang zu Hilfen – mehr Transparenz und die unabhängige Antragsstellung könnten helfen.

Große Hoffnungen setze er in die Impfkampagne, für die er das Angebot der Veranstaltungs- und Hotelbranche unterstreiche, mit der Übernahme administrativer Tätigkeiten sowohl für Entlastung des medizinischen Personals wie auch für Beschäftigung in der eigenen Branche zu sorgen.

Manuela Weichenrieder und **Dirk Beckmann** stellen den Klub Dialog als Netzwerkplattform ausführlich vor. Über den brancheninternen Dialog hinaus fördere die Plattform auch die sektorübergreifende Vernetzung mit benachbarten Branchen. Über hybride Gesprächsformen seien neuartige Veranstaltungsformen entwickelt worden, um auch die Stellung Bremens als herausgehobener Standort für vernetzte Arbeit in der Veranstaltungs-, Innovations- und Kreativszene zu erhalten. In „Labor-Treffen“ sollten Geschäftsmodelle untersucht bzw. neu entwickelt oder umgestaltet und aus einer solchen Labor-Situation direkt umgesetzt und probiert werden, sodass im besten Falle ein nachhaltiges und stabiles neues Veranstaltungskonzept entstehe.

Herr Brockmann stellt eingangs fest, dass Einzelhandelsgeschäfte mit hoher Kundennähe die Krise etwas besser als der Durchschnitt bewältigten; gleichwohl müsste auch diesem Bereich langfristige Perspektiven eröffnet werden. Hilfreich seien die kleineren Ersatz- und Hilfsleistungen, etwa für den ausgefallenen Weihnachtsmarkt gewesen. Die Ausführungen von Frau Bitti zur Digitalisierung unterstreiche er auch für Bremen; letztendlich müsse die Virtualisierung der Bremer Innenstadt aber stärker vorangetrieben werden. Als erste Öffnungsmaßnahme sei ein „Click & Collect plus“ denkbar, sodass analog zu den Privatbesuchsregelungen ein Kunde/Geschäft/Besuch denkbar sei, etwa gesteuert über ein Online-Anmeldeverfahren, um eine Schlangenbildung zu vermeiden. Insgesamt bleibe die Lage aber kritisch, insbesondere im Textilbereich.

Dep. Dr. Redder verweist auf vielfältige professionelle Streamingangebote aus dem Kulturbereich und meint, dass die Bremer Veranstaltungsszene in und für diesen Bereich noch stärker aufgestellt werden müsste.

Auf seine Nachfrage erläutern **Herr Lieder** und **Herr Pauls**, dass die von ihnen geschilderten Konzepte und Strategien nicht nur den jeweils eigenen Mitgliedern offen stünden. Sie seien jeweils offen angelegt, die Beteiligung gelinge online bzw. denke die Dehoga die Konzepte im Ansatz schon für die gesamte Branche.

Abg. Tebje fragt, welche Vorplanung bereits jetzt erforderlich seien, um auf dem Club100 im Sommer folgend etwas aufsetzen zu können, und inwieweit es Probleme im Bereich der Außengastronomie gegeben habe oder wie diese noch ergänzt werden könnten, etwa durch die bekannten Wohnmobildinner.

Herr Trey erklärt, dass die Wohnmobildinner von vier Mitgliedsbetrieben im Land Bremen angeboten worden seien. Die Außengastronomie hänge insbesondere von der Größe der

bewirtschafteten Fläche und den Öffnungszeiten ab, um damit einen nennenswerten Kostenbeitrag und das wirtschaftliche Überleben absichern zu können; dies müsse unbedingt beibehalten werden. **Herr Pauls** ergänzt, dass die Wohnmobildinner alleine keinen wirtschaftlichen Betrieb sichern könnten; für die Außengastronomie bitte er nachdrücklich, dass die Behörden konstruktiver und zeitgerechter an deren Gestaltung bzw. den Genehmigungen arbeiteten.

In diesem Zusammenhang verweist auf **Frau von Wild** auf die Lage der Klubs, die vielfach ohne Außenfläche seien; der Club100 bereite auch dafür ein Konzept vor, um vor dem Pier 2 entsprechende kluborientierte Veranstaltungen durchführen zu können; die Gespräche mit Beirat, Waterfront und dem Wirtschaftsressort liefen dazu. Im Übrigen fiele auf, dass es relativ wenig beispielbare Open-Air-Flächen gebe.

Abg. Bücking rekapituliert die bisherigen Diskussionsansätze und stellt die neuen Organisationsformen und innovative Geschäftsmodelle, etwa in der zersplitterten Veranstaltungsbranche heraus, um die Situation auch gestalten zu können. Im Wesentlichen handele es sich um Akteure aus einem „urbanen Geschäftsmilieu“, die insbesondere von und mit menschlichen Begegnungen lebten. Ausgelassen worden seien studioorientierte Betriebe der Körpergesundheit (Tanz, Yoga, Fitness), die unbedingt mit beachtet werden sollten. Als Anregung hinterlässt er die Entwicklung einer Ticket-App, die eine kurzfristig situationsangepasste Steuerung oder Stornierung von Besucherströmen ermöglichen könne.

Frau Prof. Dr. Günther konstatiert, neben dem Auf- und Ausbau der Digitalisierung und neuartiger, hybrider Geschäftsmodelle seien auch die Solidarität und der Aufbau einer Resilienz bedeutende Zwischenergebnisse der Diskussion. Bemerkenswert sei auch die Erkenntnis, dass die die Mitarbeiterschaft in den Betrieben einen eigenen Wert darstelle, der unbedingt erhalten werden müsse.

Sie regt an, dass der Blick über Bremen hinaus geweitet werden sollte und Ideen wie der Club100 exportiert werden könnten, aber die genannten Streamingideen aus anderen Städten auch importiert werden könnten.

Herr Nowak hebt die Aufklärung über die Impfung bzw. deren Durchführung als einen wesentlichen Faktor für eine Öffnung hervor.

Für Einzelhandel und Gastronomie böten Schaufenstershoppens, Öffnungen von Geschäften für Einzelbesucher und die weitere Genehmigung – oder gegebenenfalls formlose Tollerierung – von Außengastronomie bedeutende Handlungsoptionen zur Krisenbewältigung.

Eine Onlineplattform für die Stadt sollte als gemeinsames Angebot auch für die wichtigen und großen Einzelhändler geschaffen werden, um die Stadt als Einkaufs- und Erlebnisort zu befördern; ein solches Angebot sollte auch aus den Stadtteilen für die Förderung des regionalen Einkaufs genutzt werden können.

Abschließend bemerkt er, dass die Überbrückungshilfen weiter geschärft werden müssten,

um allen Unternehmen der teilweise stark segmentierten Branchen gerecht werden zu können, etwa für saisonabhängige Textilhändler.

Abg. Weiss erinnert aus der Öffnung des ersten Lockdowns an Schwierigkeiten für die Gastronomie, entsprechende Außenflächen requirieren zu können und bittet die Senatsressorts, die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Vor dem Hintergrund der Diskussionsbeiträge zur Digitalisierung sehe er auch den Staat in der Pflicht, eine Corona-Warn-App mit besserer Wirksamkeit zu entwickeln.

Senatorin Vogt verweist zu den Genehmigungen der Außengastronomie auf Abstimmungsprobleme innerhalb des Bauressorts bzw. dem ASV. Sie sei danach mit Senatorin Dr. Schaefer in engem Austausch gewesen.

Neben den Existenzängsten nehme sie auch eine hohe Motivation im Mittelstand wahr, der Krise mit Kreativität zu begegnen; der Club100 entfalte bundesweite Ausstrahlung, da dieses Konzept den Agenturen bzw. Künstlern eine realistische Auftrittsperspektive eröffne. Das von Herrn Pauls erwähnte Gutscheinsystem aus Villach habe man im Ressort bereits geprüft; zum damaligen Zeitpunkt ließ es sich vor dem Hintergrund Schließung der Gastronomie nicht sinnvoll umsetzen, man werde es für die Zukunft im Blick behalten. Im Übrigen würden Stufenmodelle für Öffnungen aller Art – nach bestimmten Zeitfenster, nach Altersgruppen – immer wieder und unter der jeweiligen Infektionslage neu bedacht; aktuell sei aber jegliche Öffnung kaum mehrheitsfähig.

Der Einzelhandel, insbesondere der Textilhandel mit den Saisongeschäften, bereite aktuell die größten Sorgen, die schon vor dem Lockdown durch die Schließung und Absage von Gastronomie und Veranstaltungen Umsatzrückgänge zu verzeichnen hatten. Immerhin sei es nun gelungen, den Einzelhandel auch rückwirkend für November und Dezember in die Überbrückungshilfen 3 (ÜH3) aufzunehmen. Die Unterstützung von Einzelhandel bzw. kleinen und mittleren Unternehmen für die Digitalisierung werde ein bedeutender Handlungsschwerpunkt des Ressorts sein, sobald die entsprechenden Finanzmittel freigegeben seien.

Abg. Frau Brünjes beleuchtet vorrangig die Existenzängste in der Unternehmerschaft und ihrer Belegschaften. Sie vermisse eine Lösung zum Unternehmerlohn, der ihres Erachtens in anderen Bundesländern besser bei den Hilfsprogrammen berücksichtigt sei und das Abrutschen von Selbständigen in Hartz IV verhindere.

Herr Pauls sieht sowohl die entsprechenden Aussagen an Selbständige zur ALG-II-Beantragung wie auch die nachträgliche Änderung von Kriterien in den Hilfsprogrammen für kritisch und bemerkt, dass sich die Steuerberater inzwischen aufgrund der komplizierten Antragsstellung der Antragsstellung verweigern würden.

Senatorin Vogt erwidert auf Abg. Frau Brünjes, dass November- und Dezemberhilfen Unterstützung für Solo-Selbständige beinhalteten und in den ÜH3 inzwischen ein Anteil des Unternehmerlohns integriert sei; auch das erste Landesprogramm Corona-Soforthilfen habe

Solo-Selbständige berücksichtigt, doch habe das Land dies finanziell nicht durchhalten können. Die Berücksichtigung des Unternehmerlohns in anderen Bundesländern stehe häufig unter einem Vorbehalt, etwa, weil dort unter Umständen auf die Auflösung von vorherige Renten und Altersvorsorge bestanden würde. Deshalb würden dort Solo-Selbständige eher zur Grundsicherung tendieren.

Dep. Dr. Redder unterstreicht die Systemrelevanz von Kultur-, Gaststätten- und Veranstaltungsbetrieben. Für Bremen habe aber auch die Industrie Systemrelevanz, und vor dem Hintergrund der Virusmutation mit einhergehenden erweiterten Hygieneregulungen wünsche er sich prophylaktische Maßnahmen und Konzepte, um dort dieser Mutation zu begegnen. Die oben erwähnten Streamingangebote von Kulturbetrieben sollten unbedingt weiterverfolgt und nötigenfalls auch von staatlicher Seite angeschoben und finanziert werden.

Abg. Weiss verweist auf die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen, die einen ähnlichen Ansatz entwickelt habe.

Herr Meyer dankt und beglückwünscht für die Gestaltung der Sitzung und betont die Bedeutung der geschilderten positiven Beispiele, die einen Turnaround unterstützen würden. Er gibt zu bedenken, dass für das Handwerk im Allgemeinen und das Frisörhandwerk im Besonderen die Digitalisierung kein Schlüsselmoment für die Krisenbewältigung sei.

Abg. Bücking schließt an, dass dies die Intention für diese Sitzung gewesen sei. Er sehe die Gesellschaft in einem Wettlauf mit der Virusvariante gegen die Impfkampagne. Er gehe davon aus, dass ein Großteil des Jahres mit angepassten Konzepten, Teilöffnungen und ähnlichem gearbeitet werden müsse; dafür müsse die verbliebene Zeit aber auch entsprechend genutzt werden – etwa im Bereich der Genehmigung für Außengastronomie, etwa im Bereich von kontrollierten Open-Air-Veranstaltungen und auch im Bereich der Digitalisierung für den Einzelhandel, der relativ häufig personell und finanziell nicht in der Lage sei, entsprechende Investitionen vorzunehmen.

Dep. Rühl nimmt die Meldung der Abg. Brünjes zum Anlass auf die besonderen Probleme der Kleinstunternehmen im Zusammenhang mit der Antragsstellung auf Überbrückungshilfen hinzuweisen. Entweder der Steuerberater sei unverhältnismäßig teuer oder die Betroffenen würden bisher direkt auf einen Steuerberater verzichten, sodass sie jetzt keinen bereitwilligen Steuerberater zur Antragsstellung finden würden. Seines Erachtens wäre der Nachweis zur Antragsberechtigung auf anderem Wege einfacher zu führen und sollte insgesamt einfacher gestaltet werden.

Herr Lieder lobt die angenehme Diskussionsatmosphäre. Er wünscht sich eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von laufend zu aktualisierenden Exit-Strategien. Diese sollten diverse Alternativszenarien und Maßnahmen beinhalten, damit die Unternehmen einfache – angepasst auf die aktuelle Pandemie-Lage - und nicht immer wieder neu zu

beantragende Handlungsoptionen zur Verfügung hätten. Dies schüfe hohe Planungssicherheit für die Unternehmen.

Senatorin Vogt erklärt, einen entsprechenden Vorschlag habe sie zu einem – wahrscheinlich – psychologisch falschen Zeitpunkt gemacht; sie hoffe auf einen zweiten Anlauf zu einem günstigeren Zeitpunkt.

Herr Pauls würde die Einrichtung einer solchen Taskforce begrüßen und regt an, Änderungen in den Corona-Verordnungen farblich zu kennzeichnen.

Abg. Weiss und **Senatorin Vogt** danken allen Teilnehmenden für die konstruktiven Beiträge sowie die zeitliche Disziplin.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Weiss schließt die gemeinsame öffentliche Sondersitzung/Videokonferenz der staatlichen und städtischen Deputationen für Wirtschaft und Arbeit.

Weiss
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake